

SOPPOINFO **gesundheit**

17

Wahlaussagen der Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall **Bürgerversicherung, aber welche?**

Das ist gerecht: Alle sind in einem System versichert, alle zahlen den gleichen Anteil vom Einkommen, alle werden gleich gut versorgt. Das will die IG Metall mit ihrem Bürgerversicherungskonzept. Auch die Oppositionsparteien fordern eine Bürgerversicherung. Doch die Modelle unterscheiden sich zum Teil erheblich.

Solidarische Bürgerversicherung

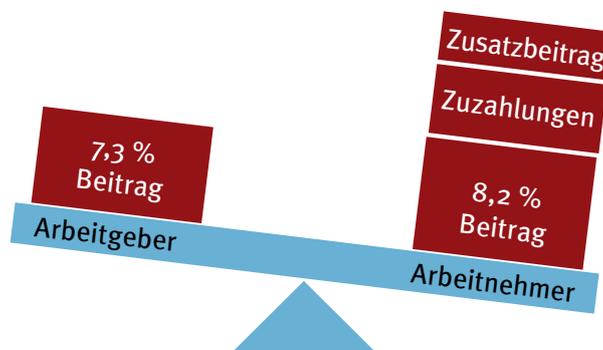
Mit dem Umbau zur Bürgerversicherung muss jetzt begonnen werden, denn tendenziell laufen die Ausgaben den Einnahmen davon. Wenn das System nicht verändert wird, ist zu befürchten, dass die Versicherten mittelfristig mit Zusatzbeiträgen belastet werden.

Die Schieflage bei der Finanzierung wächst. Inzwischen tragen Arbeitnehmer 60 % und Arbeitgeber 40 % der Mittel. Mit dem Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags, dem Sonder- und Zusatzbeitrag für Versicherte hat die Politik das Solidarsystem geschädigt.

Die solidarische Bürgerversicherung schließt Gerechtigkeitslücken und macht die Finanzierung zukunftsfest. Die IG Metall will die soziale Kranken- und Pflegeversicherung (GKV, PV) stärken. Die solidarische Bürgerversicherung würde die paritätische Finanzierung wieder herstellen, die Finanzierungsbasis erweitern und den Steueranteil verlässlich regeln.

Die Beitragsbemessungsgrenze soll in einem ersten Schritt auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben werden. Zudem diskutiert die IG Metall, ob und wie weitere Einkommensarten zur Erhebung von Beiträgen herangezogen werden können.

Im Unterschied zu anderen Konzepten will die IG Metall eine Versicherungspflicht für alle in der gesetzlichen Sozialversicherung. Das Tätigkeitsfeld der privaten Krankenversicherungen (PKV) würde auf Zusatzleistungen beschränkt. Das öffentlich-rechtliche Sozialsystem sichert eine hochwertige Versorgung. Das unsinnige Nebeneinander von GKV und PKV würde beendet.



Besseres Leistungsspektrum in der Pflege

Auch bei der Pflege besteht großer Handlungsbedarf. Der Umbau zur Bürgerversicherung muss einhergehen mit einer erweiterten Definition von Pflegebedürftigkeit, so dass z. B. auch Demenzkranke gleichberechtigt Leistungen erhalten. Um Pflegebedürftige besser abzusichern und Sozialhilfe zu vermeiden, muss das Leistungsniveau angehoben werden.

Welche zentrale Bedeutung das Thema „Soziales“ für die Menschen hat, zeigt die Beschäftigtenumfrage der IG Metall aus dem Juni 2013: 97 % halten die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme für (sehr) wichtig.

Wichtigkeit der Handlungsfelder



Quelle: IG Metall Beschäftigtenbefragung 2013



Das wollen die Parteien

Krankenversicherung

Die Unionsparteien und die FDP, bisher Verfechter einer Kopfpauschale, äußern sich auffällig zurückhaltend. Aber sie stellen den Weg in ein „Prämienmodell“ und den Bruch der paritätischen Finanzierung nicht infrage.

CDU/CSU wollen die private Krankenversicherung erhalten, die FDP will sie gar „zukunftsfest“ machen.

Alle Oppositionsparteien fordern die Bürgerversicherung, allerdings unterscheiden sich die Konzepte zum Teil erheblich. Die SPD will sie als öffentlich-rechtliches System bei „Teilnahme aller Kassen“. Diese Formulierung schließt die privaten Kassen ein, wie aus Parteibeschlüssen hervorgeht.

Die „tatsächliche“ Parität soll wieder hergestellt werden. Gemeint ist: Arbeitgeber zahlen nicht den hälftigen Beitragssatz, sondern einen eigenständigen Beitragssatz auf die gesamte Lohnsumme. Im Ergebnis sollen Arbeitgeber und Versicherte das gleiche Beitragsvolumen aufbringen. Die Beitragsbemessungsgrenze will die SPD nicht anheben. Der Steuerzuschuss soll ansteigen, finanziert aus Abgaben auf Kapitalerträge.

Auch die „Grüne Bürgerversicherung“ soll von gesetzlichen und privaten Kassen angeboten werden. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Parität wieder herstellen und die Zuzahlungen abschaffen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf das Niveau der Rentenversicherung steigen, alle Einkommensarten sollen zur Finanzierung beitragen.

Bei der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung der Linken wären private Kassen ausgeschlossen.

Das Konzept beinhaltet die paritätische Finanzierung, die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Beiträge auf alle Einkommensarten.

Pflegeversicherung

Alle im Bundestag vertretenen Parteien sprechen sich für die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs aus. CDU/CSU und FDP setzen auf Eigenvorsorge, die Union spricht sich für eine „moderate Beitragserhöhung“ in der Pflegeversicherung aus. Die Oppositionsparteien fordern die Einführung einer Bürgerversicherung Pflege. Die Linke hält zudem eine Anhebung der Leistungen für erforderlich.

Bewertung der IG Metall

Die solidarische Bürgerversicherung ist zentrales Anliegen der IG Metall. Erfreulich, dass auch die drei Oppositionsparteien diesen Ansatz teilen. Es gibt aber erhebliche Unterschiede. Ein Knackpunkt ist die Rolle der PKV. Die Konzepte von SPD und Grünen wollen die PKV in die Bürgerversicherung integrieren. Dabei besteht die Gefahr, dass private Versicherer die gesetzliche Krankenversicherung kaputt konkurrieren. Am Ende droht die Privatisierung der Kassenlandschaft. Bisher will einzig die Linke die PKV von der Bürgerversicherung ausschließen.

Auch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze ist ein wichtiger Schritt für eine gerechte und nachhaltige Finanzierung. Während Grüne und Linke in Übereinstimmung mit der IG Metall die Beitragsbemessungsgrenze an- bzw. aufheben wollen, hält die SPD an der jetzigen Grenze fest. Wer mehr als 3937,50 € Bruttomonatseinkommen erzielt, muss demnach dennoch nur Krankenversicherungsbeiträge entrichten, die auf Basis dieses Betrages berechnet werden. Bemerkenswert ist die Vorsicht bei Union und FDP, die sich aus wahltaktischen Gründen nicht trauen, ihr unsoziales Kopfpauschalen-Modell offensiv zu vertreten. Übereinstimmend sehen die Parteien Handlungsbedarf bei der Pflege. Union und FDP sind hier jedoch unglaublich, denn seit 2009 liegt ein wissenschaftlich erarbeitetes Konzept vor, das nicht umgesetzt wurde.



„Die solidarische Bürgerversicherung sichert eine gerechte und nachhaltige Finanzierung.“

Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Gesundheit und Pflege: Was meinen die Parteien zu den wesentlichen Forderungen der IG Metall?

Eine Übersicht kann abgerufen werden:

CDU/CSU	SPD
CDU/CSU lehnen eine staatliche Einheitsversicherung ab. Die PKV soll erhalten bleiben. 	Bürgerversicherung als öffentlich-rechtliches System bei »Teilnahme aller Kassen« (PKV?). 

Quelle: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik



Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik, 60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke, Angelika Beier, Stefanie Janczyk

Gestaltung: Warenform

Das SOPAINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.
Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

